

Alles ist Politik : aber Politik ist nicht alles

Autor(en): **Nigg, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **58 (1983)**

Heft 4

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-105230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Alles ist Politik – aber Politik ist nicht alles

Alles, was wir tun oder lassen, hat mit Politik zu tun. Ob wir die Brötchen beim Bäcker kaufen oder im Coop-Geschäft, ob wir im Zug oder mit dem Auto in die Ferien verreisen: Alles ist Politik.

Politik ist aber nicht alles, darf nicht alles sein. Politik ist nur eine der Ebenen, auf der unser gesellschaftliches Leben bestimmt wird. Die Wirtschaft, die Kunst oder die Technik sind andere, ebenso wichtige Ebenen.

Ein «garstig Lied» sei die Politik, hat ein grosser Dichter gemeint. Das stimmt nur, wenn das Lied zu laut gesungen wird und alles andere übertönt wird. Dann wird es schrill und misstönend, gleichgültig, ob es ein parteipolitisches oder verbandspolitisches Lied ist.

An sich gehören Betrachtungen zur Politik nicht in «das wohnen». Zumal in den Statuten des Herausgebers, des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, steht, der SVW sei «politisch und konfessionell neutral».

Dass die Neutralität ihre Grenzen hat, wo es um den Zweck des Verbandes geht, nämlich «die Förderung des Wohnungswesens und insbesondere der gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaften», liegt auf der Hand. In Wohnbaufragen kann und darf der Verband nicht abseits stehen, sondern er muss sich engagieren, auch politisch. Das gleiche gilt für die einzelnen Genossenschaften, wie der Luzerner Stadtrat Fritz Lanz am Beispiel der von ihm präsierten Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern erst kürzlich im «wohnen» dargelegt hat.

Was es aber nicht gibt, das sind ein für allemal parteipolitisch festgelegte Bau- und Wohngenossenschaften. Wohl tragen einzelne Genossenschaften unter den Mitgliedern des SVW Namen, die auf politische oder konfessionelle Verbindungen hinweisen. Sie reichen von der Arbeiterbewegung über die Landeskirchen bis hin zur Freisinnig-demokratischen Partei. Wie liberal aber eine Liberale Genossenschaft, wie gewerkschaftlich eine Gewerkschaftliche Wohnbaugenossenschaft ist, das bestimmen in der Praxis weder ihr Name noch ihre Statuten. Massgebend dafür sind letztlich ihre Mitglieder und genossenschaftlichen Mieter – wenn es eben eine echte und damit demokratische Genossenschaft ist.

Wer mit Wohnungsfragen zu tun hat, weiss, dass die Materie viel zu kompliziert ist, als dass sie sich fein säuberlich entlang parteipolitischer Grenzlinien auftrennen liesse. Der gemeinnützige, preisgünstige Wohnungsbau in unserem Lande lebt von Kompromissen, von wirtschaftlichen, architektonischen und nicht zuletzt von politischen. Mehr noch: Die sachbezogene Zusammenarbeit zwischen den Anhängern auch ganz verschiedener Parteien ist für die meisten Baugenossenschaften ein geradezu lebensnotwendiges Anliegen. Ganz in diesem Sinne hat sich auch F. Picot, der ehemalige liberale Genfer Staatsrat und Präsident einer grossen Baugenossenschaft, 1979 vor der Delegiertenversammlung des SVW geäussert. Die Tätigkeit der Aktionsgemeinschaft für eine wirksame Wohnbauförderung wird ebenfalls getragen von der Zusammenarbeit über partei- und sozialpolitische Grenzen hinweg.

Nun gibt es offenbar in allen politischen Lagern Zeitgenossen, die sich nur wohlfühlen, wenn sie allem und jedem ein parteipolitisches Etikett anhängen und es in ein simples Links-Rechts-Schema einordnen können. In der Stadt Zürich hatten sie während der vergangenen Fastnachtstage ihre grosse Zeit.

Allerdings ging es nicht um einen Fastnachtsscherz, sondern um eine städtische Volksabstimmung. Gegen zwei Baurechtsverträge war das Referendum ergriffen worden. Den einen wollten die Behörden mit der Liberalen Baugenossenschaft abschliessen, den anderen mit der Allgemeinen Baugenossenschaft, in deren Leitung immer wieder prominente Sozialdemokraten mitgewirkt haben. Für die Referenden massgebend waren nicht allein, aber doch zu sehr, parteipolitisch motivierte Zänkereien.

Die Begleittöne zum Baurechtsentscheid in der Fastnachtszeit hätten einer Guggenmusik zur Ehre gereicht, so sehr gingen manche davon daneben. Da wurden der soziale Wohnungsbau zum sozialistischen und der freitragende zum bürgerlichen gestempelt, als ob nicht schon längst die Baugenossenschaften sich um eine vernünftige Mischung bemühten.

Dem SVW wurde sogar angedichtet, es gehörten ihm «mehrheitlich sozialdemokratische Baugenossenschaften» an. Dabei ist dessen Zürcher Sektion nicht nur den Statuten nach, sondern auch in der

Zusammensetzung der Mitglieder und leitenden Gremien parteipolitisch ausgeglichen. Mit vereinzelt Ausnahmen gehören alle in der Stadt Zürich bestehenden Baugenossenschaften dem SVW an. Das partei- und sozialpolitische Spektrum ist in seiner ganzen Breite vertreten. Ihre politische Unabhängigkeit beim Entstehen für die genossenschaftlichen Belange hat die Sektion denn auch klar bewiesen, indem sie beide Baurechtsverträge aktiv unterstützt hat. Sie brachte damit, wie das Ergebnis der Abstimmung gezeigt hat, auch die mehrheitliche Meinung der Zürcher Stimmbürger zum Ausdruck.

Dass der SVW gelegentlich in die Nähe der Sozialdemokratischen Partei gerückt wird, hat zwei Gründe, einen historischen und einen aktuell-taktischen. Tatsächlich sind manche Wohnbaugenossenschaften zur Selbsthilfe von Arbeitnehmern und ihren Organisationen gegründet worden. Ebenso waren und sind es oft sozialdemokratische Politiker, die sich für den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau einsetzen, zusammen natürlich mit zahlreichen Persönlichkeiten anderer politischer Richtungen. Der aktuell-taktische Grund besteht darin, einen Verband als linkslastig abzuqualifizieren, um ihn so in seiner politischen Geltung zu schwächen. Genau dasselbe hat, wenn auch vergebens, der Schweizerische Hauseigentümerverband bezüglich der «Aktionsgemeinschaft für eine wirksame Wohnbauhilfe» versucht. Man darf eben nicht vergessen, dass leistungsfähige Baugenossenschaften mit einem starken Verband trotz ihrer menschenfreundlichen Ziele nicht überall gern gesehen sind.

Das böse Wort vom Parteiengezänk stammt von den Totengräbern der deutschen Demokratie. Eine Demokratie braucht aber die Parteien und deren Wettbewerb. Sie benötigt die Politiker, die sich dabei hervortun. Die Genossenschaften und ihr Verband wehren sich einzig dagegen, das die Parteipolitik ins Zentrum wohnbaupolitischer Entscheidung gerückt wird, wie dies im Intermezzo von Zürich der Fall war. Der Verlierer solcher parteipolitischer Übungen steht nämlich schon von Anfang an fest. Es ist in jedem Fall der genossenschaftliche Wohnungsbau.

Fritz Nigg